

Info 1/2025

Das Verhalten der Arbeitgeberseite ist eine Provokation!

Wir müssen unsere Forderung mit Aktionen durchsetzen !

In der zweiten Verhandlungsrunde für die Beschäftigten der Kommunen wurde wieder kein Angebot vorgelegt, das verhandelt werden könnte. Die VKA und der Bund mauern und verweisen auf leere Kassen. Angeblich liegen die Forderungen wesentlich über den leistbaren Kosten. Auch unsere Kosten sind gestiegen und auch wir verweisen auf unsere leeren Kassen. Wertschätzung und der Respekt vor den Leistungen der Beschäftigten sieht anders aus. Es wird von uns Leistung gefordert und erbracht, die wir auch honoriert sehen wollen.

Die Haltung der Arbeitgeber ist nicht nachvollziehbar

Angesichts gestiegener Kosten und auch im Hinblick auf die Inflationsraten, die auch die letzten Tarifabschlüsse nicht ausgleichen konnten, haben wir unsere Forderungen formuliert.

„Können wir nicht! Wollen wir nicht! Machen wir nicht!“ – Mit diesem Dreiklang haben der Bund und vor allem die Kommunen gestern und heute dafür gesorgt, dass wir einem tragfähigen Kompromiss kaum nähergekommen sind. So fasste Tarifchef Volker Geyer den Verhandlungsverlauf der zweiten Runde in Potsdam zusammen. VKA-Verhandlungsführerin Karin Welge hatte im Vorfeld der Einkommensrunde davon gesprochen, auf einen „konstruktiven Dialog“ setzen zu wollen und gefordert, dass der anstehende Tarifabschluss nicht zu „Einschränkungen im kommunalen Leistungsangebot führen“ dürfe.

Die Arbeitgeber ignorieren damit den massiven Personal- und Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst. Dass es diese Einschränkungen längst gibt, stellte Geyer klar. In den Kommunen fehle doch längst an allen Ecken und Enden das nötige Personal, um das gewollte Leistungsangebot tatsächlich erbringen zu können. Die Arbeit hat zunehmend an Attraktivität verloren. Das sollte sich jetzt in Potsdam ändern. Dazu gehört mehr Einkommen sowie bessere und selbstbestimmtere Arbeitsbedingungen. Manches koste Geld und manches koste guten Willen, so Geyer. Dieser Wille war bei Bund und VKA nicht vorhanden.

Mit Verweigerungshaltung schafft man keine attraktiven Arbeitsplätze. So gewinnt man keinen Nachwuchs. So stürzt man die Verwaltung weiter ins Chaos und erzeugt unzufriedene Bürger.

Die Haltung der Arbeitgeber ist arrogant gegenüber den Beschäftigten. Die zunehmenden Belastungen durch Mehrarbeit, Überlastung und täglichen



informiert

Stress werden als gegeben hingenommen und nicht als Problem der Arbeitgeber betrachtet. Anscheinend werden die Arbeitgeber erst nachhaltig reagieren, nachdem der öffentliche Dienst an die Wand gefahren wurde.

Die Arbeitgeber müssen sich bewegen. Sie werden sich nur dann bewegen, wenn wir ihnen dies durch Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen deutlich machen.

Unsere Positionen

Wir fordern 8%, 350 € mindestens. Um keine weiteren Reallohnverluste hinzunehmen, sind die Forderungen gerechtfertigt.

Die Forderung von 350 € mindestens ist für die unteren Einkommensgruppen eine Kernforderung. Die Lebensmittel- und Energiekosten fressen dort einen Großteil der Bezahlung auf. Die Inflationsrate spiegelt dies nicht wider.

Angesichts des Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst müssen die Arbeitgeber ein verhandelbares, faires und angemessenes Angebot abgeben. Bei insgesamt 570 000 offenen Stellen bundesweit im öffentlichen Dienst müssen sich die Arbeitgeber bewegen, sonst bewegen sich die Arbeitnehmer.

Dem öffentlichen Dienst fehlen zunehmend die Fachkräfte. Stellen können nicht besetzt werden. Kolleginnen und Kollegen müssen die Aufgaben zusätzlich übernehmen. Die Arbeitsbelastung steigt. Die Aufgaben des öffentlichen Dienstes werden nicht nur mehr, sondern auch komplexer und schwieriger.

Einmalzahlungen lehnen wir ab. Diese haben keine Zukunftswirkung. Weder für die Rentenansprüche noch für künftige Einkommensrunden sind diese Zahlungen wirksam. Auf den ersten Blick attraktiv, verlieren sie bei näherer Betrachtung jeden positiven Aspekt. Sie haben lediglich eine kurzfristige Auswirkung. Die Zinseszins-Effekte in den Einkommen werden den Beschäftigten fehlen. Die Summeneffekte über mehrere Jahre müssen berücksichtigt werden.

Veranstaltung in Freiburg

Der bbw führt **am 07. März 2025 in Freiburg** eine Demonstration mit Kundgebung durch. Um 10 Uhr geht es am Platz der alten Synagoge los. Nehmen Sie daran teil!

Wir müssen uns zeigen!

Zeigen Sie den Verantwortlichen, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hinter den Forderungen stehen. Es ist von besonderer Bedeutung, dass es uns gelingt, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu mobilisieren. Nur Zahlen beeindrucken. Wir wollen uns nicht entgegenhalten lassen, die geringe Zahl der Teilnehmer zeige doch, dass die meisten Beschäftigten zufrieden seien, sonst wären sie doch mit dabei. Oder sind Sie doch zufrieden?

Der Politik muss auch klargemacht werden, dass sie mit solchen Maßnahmen auch der Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr gerecht wird. Diese haben den Anspruch auf eine leistungsfähige und kompetente Verwaltung. Fehlende Fachkräfte und Personalmangel, der durch Seiteneinsteiger gedeckt werden sollen, senken die Qualität der Verwaltung.

Wir müssen auf die Straße. In den kommenden Wochen werden wir der Politik verstärkt unsere Meinung durch öffentliche Aktionen klarmachen müssen. Wenn die Politik Zahlen will, sollten wir sie ihnen durch zahlreiche Teilnahme an diesen Aktionen liefern.

Über die Aktionen informieren wir unsere Mitglieder auf der Webseite und über unsere Mail-Verteiler.